

Politik, Kultur
Programm
aus Ost & West

09/2010

*27.08.2010

Banken als Infrastruktur der Umverteilung

Fünf Gründe für Bankenaktionen am 29. September

Nach der Krise ist vor der Krise. Derzeit macht sich eine Stimmung breit, als wäre die Weltwirtschaftskrise nur ein vorübergehendes Phänomen gewesen: Es entstand eine Finanzblase, diese ist geplatzt, hat die Weltwirtschaft mitgerissen, doch die Rettungsmaßnahmen haben Stabilität und Wachstum wieder hergestellt, und jetzt ist alles wie vorher. Dies ist doppelt falsch. Zum einen sind die grundlegenden Ursachen der Krise nicht bearbeitet, der nächste Einbruch wird kommen: Ungleichheit, massive Vermögenskonzentration und damit die Überakkumulation von Kapital haben sich verschärft, und das Finanzcasino mit hohen privaten Gewinnen und noch höheren öffentlichen Risiken läuft munter weiter. Zum anderen ist die Krise nicht vorbei: Die weltweite Armut hat durch die Krise massiv zugenommen, die Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen wurden zerstört. Und nachdem durch milliardenschwere Rettungspakete die Verluste der Banken und der Vermögenden sozialisiert wurden, sollen die Kosten der Krise jetzt die ärmsten Teile der Bevölkerung tragen.

Gegen diese Sozialisierung privater Verluste wird es im Herbst unterschiedliche Aktionstage, Demonstrationen und Streiks geben. Den Auftakt macht der 29. September, für den der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) zu einer Demonstration in Brüssel und Aktionen in weiteren Hauptstädten aufgerufen hat. In Spanien und Griechenland sind Generalstreiks geplant. Attac will am 29. September gemeinsam mit lokalen Bündnispartnern mit einem bundesweiten dezentralen Bankenaktionstag eigene Akzente setzen. In vielen Städten werden Bürgerinnen und Bürger Banken als konkrete und symbolische Angriffspunkte des Krisensystems besuchen, ihre gesellschaftliche Umverteilungsmaschinerie stören und so deutlich machen: Es reicht!

Für Aktionen an Banken – als Infrastruktur der Umverteilung von unten nach oben – gibt es viele Gründe:

1. Banken ermöglichen den Vermögenden, ihren Reichtum zu konzentrieren und zu vermehren – auf Kosten von Mensch und Natur. Und zwar auch schon vor der Krise. Einziges Ziel der Banken ist es, die höchstmöglichen Profite für ihr Klientel und sich selbst zu erwirtschaften. Wenn das auf Kosten von Mensch und Umwelt geht, dann macht dies nichts. Banken treiben die blinde Selbstverwertung des Kapitals voran – um jeden Preis.
2. Durch die Geldwäsche in Steueroasen ermöglichen Banken jährlich die Hinterziehung von Milliarden Euro an Steuergeld. Damit berauben sie nicht nur die öffentliche Haushalte eines wesentlichen Teils der finanziellen Mittel, sondern treiben auch die globale Umverteilung von Süden nach Norden voran. Das Tax Justice Network schätzt, dass aus den in Offshore-Zentren angelegten 11,5 Billionen US-Dollar Steuerausfälle in Höhe von 250 Milliarden US-Dollar jährlich resultieren – weit mehr als das Doppelte der weltweiten Entwicklungshilfe.
3. Banken haben maßgeblich zur Vorbereitung der Krise beigetragen. Sie haben die Liberalisierung und Deregulierung der globalen Finanzmärkte vorangetrieben. Sie haben hochspekulative Finanzprodukte produziert, verkauft, gehandelt und eine undurchsichtige Schattenwirtschaft geschaffen, die allein dem Zweck diene, Reichtum von unten nach oben umzuverteilen. Die zunehmende Armut, die Aushöhlung des Sozialstaates und die Zerschlagung sozialer Infrastruktur sind die Kehrseite der Aufblähung der Finanzmärkte.
4. Banken berauben die Öffentlichkeit. Banken haben die Krise dazu genutzt, Milliarden öffentlichen Rettungsgeldes für die Sozialisierung ihrer Verluste zu verschleudern. Die Finanzvolumina sind enorm: Beim Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin)

geht es um 480 Milliarden Euro – und damit um mehr als das Anderthalbfache eines „normalen“ Bundeshaushaltes aus Vor-Krisenzeiten. Die Gläubiger der Banken mussten bisher gar keinen Beitrag leisten – und die Aktionäre nur sehr eingeschränkt. Das Ergebnis ist beeindruckend: Weltweit haben die so genannten High Net Worth Individuals (Superreiche mit mehr als einer Million US-Dollar Finanzvermögen) ihre hohen Verluste des Jahres 2008 wieder ausgeglichen, allein 2009 stieg ihr Vermögen um knapp 20 Prozent auf 39 Billionen



US-Dollar. Und auch in Deutschland konnten die Reichen ihre Vermögen sichern: Nach Angaben des Bundesverbandes deutscher Banken ist das Geldvermögen der Deutschen – das vor allem den obersten Einkommenssektoren gehört – im vergangenen Jahr um 239 Milliarden Euro gestiegen und erreichte insgesamt 4,67 Billionen Euro.

5. Banken zerstören die Demokratie. Einige Banken sind so groß und so verflochten mit anderen Finanzinstitutionen, dass sie „systemrelevant“ sind. Ihr Zusammenbruch gefährdet das gesamte Finanz- und Wirt-

schaftssystem, und sie müssen bei Schieflage mit Steuermitteln gerettet werden, um eine „Kernschmelze“ zu verhindern. Sie können den Staat jederzeit erpressen. Dieser Zustand gesellschaftlicher und staatlicher Ohnmacht ist mit dem Demokratieprinzip unvereinbar.

Die Proteste gegen die Krisenpolitik, vor allem die Demonstrationen am 28. März 2009 und am 12. Juni 2010, waren wichtig. Diesen Herbst wird es darüber hinaus auch weitergehende Aktivitäten geben. Nach den Bankenaktionen am 29. September sollen am 18.

Oktober in Frankfurt am Main durch massenhafte Menschenblockaden Knotenpunkte des Finanzsystems lahmgelegt werden. Es geht um den Versuch, Aktionsformen des Zivilen Ungehorsams, die bei den Castorprotesten im Wendland, bei den Blockaden 2007 in Heiligendamm und gegen den Naziaufmarsch 2010 in Dresden erfolgreich waren, auf das Feld sozialpolitischer Auseinandersetzungen zu übertragen. Der 29. September ist ein Auftakt – es gibt genug Gründe, Banken zu besuchen, und unsere Aktionen sind legitim.

MATTHIAS SCHMELZER

If a bank's too big to fail, break it up !

Aktienkapitalismus durch Mikrokapitalismus überflüssig machen

Ob Deutsche Bank oder Goldman Sachs – Banken, die zu groß sind um scheitern zu können, müssen aufgelöst werden. Die Abschaffung der privatwirtschaftlichen Geldproduktion durch hundertprozentige Reservesätze ist darüberhinaus notwendig. Es geht um einen Wechsel von der MONO- zur NO-MONO Logik. Wir müssen den Expansionszwang brechen, damit Banken erst gar nicht so groß werden können, das sie „too big to fail“ sind.

Um mit dem Oligopolkapitalismus zum Verschwinden zu bringen, brauchen wir „mehr Kapitalismus“. Das Wirtschaftssystem beruht nicht auf überbordendem unterentwickelten Finanzmärkten. Das Kapital wird auf wenige Kapitalkanäle zusammengezwängt. Der Mehrheit der Menschheit wird damit der Zugang zu den Kapitalquellen verweigert, ohne die ihre Projekte und Lebenschancen genauso verkü-

mern, wie Dörfer ohne Wasser- und Energieversorgung.

Grundsätzlich tragen Aktienbörsen wenig zur Kapitalversorgung der Wirtschaft bei, weil sie dazu dienen, das Kapital von Millionen von Investoren in den großen Machterzeugungsmaschinen festzulegen. Gesetzlich ist nämlich die Kündigung von Aktienanteilen verboten, weil durch tatsächlich freie Abstimmungen an den Kapitalmärkten, Konzerne wie BP, Microsoft oder GM, an Kapitalmangel zu Grunde gehen würden.

Das Recht auf Arbeitsstreik sollte deshalb durch das Recht auf Kapitalstreik ergänzt werden. Nur durch das Recht auf Kündigung der Aktieninvestments, könnte das Kapital dahin ziehen, wo es am meisten gebraucht wird – in Millionen von dezentralen, ökologischen Investments.

Doch wie soll die große NO-MONO-Transformation starten? Nicht einfach, aber voller Chan-

cen: Der Wechsel der Machtregeln braucht eine antimonopolistische Bürgerbewegung. Sie könnte durch revolutionäres Wellenreiten vorhandene Trends ins Zentrum rücken, die bisher nur Randphänomene sind.

Zum Beispiel werden immer mehr kulturelle und soziale Unternehmungen mit Crowd-Financing konferenzfrei finanziert. Meistens geht es nur um eine modernisierte Art des Spendens per Micro-Payments. Doch das Crowd-Financing erreicht dann eine neue Qualität, wenn es nicht mehr auf die fragile Solidarität politisch Engagierter oder dem Herdenverhalten einer Fan-gemeinde angewiesen ist, sondern auch auf der Basis von gegenseitigem, materiellen Interesse funktioniert. Embryonalformen von solchen mikrokapitalistischen Tauschbeziehungen gibt es bereits. Es sind Internetplattformen (z.B. slicethepie.com), die es ermöglichen schon mit hundert

Euro Investor eines Musikprojekts oder einer Ausbildung (z.B. studienaktie.org) zu werden, und dann auch entsprechend am späteren Gewinn bzw. Verlust des Unternehmens beteiligt zu sein. Erst diese spekulative, auf Gewinnmaximierung und deshalb auch auf Risikoübernahme ausgerichtete Form des Investierens, macht abhängige Arbeit in Konzernen obsolet. Mikrokapital ermöglicht es denen Unternehmer ihrer Selbst zu werden, die bisher wegen Kapitalmangel ihre Arbeitskraft verkaufen mussten.

Noch geht es bei mikrokapitalistischen Projekten eher um prekäre Nischenmärkte. Das hat einen einfachen Grund. Es gibt bisher kein mikrokapitalistisches sondern nur ein oligopolkapitalistisches Wirtschaftsrecht. Ein Investment in börsennotierte Konzerne wird vom Staat mit tausenden von Rechtsregeln abgesichert. Wer aber in konferenzfreie Projekte jenseits der Börsen in-

vestieren möchte, dem verweigert der Staat die notwendige Rechts-sicherheit.

Das Prinzip der NO-MONO Revolution ist einfach: Der Staat sollte die Investoren in den Aktienkapitalismus einfach machen lassen, ihnen aber den staatlichen Schutz entziehen. Das Aktien und Konzernrecht sollte auslaufen, weil kein „öffentliches Interesse“ an dieser Art des Wirtschaftens besteht. Stattdessen sollten Mikrokapitalmärkte durch rechtstaatliche Rahmenbedingungen systematisch ermöglicht und gepflegt werden. Aktienbörsen würden so zum Nischenmarkt, Großbanken würden zerfallen, und Millionen von Mikrokapitalunternehmen könnten blühen, wo der Kapitalismus bisher ökonomische Steppen und ökologische Wüsten hinterließ.

WALTER OSWALT

www.eucken.org

Und es begann ein großes Abenteuer

Eine Italienerin in Deutschland



Aufgefallen ist mir Giuliana Giorgi beim vorjährigen Sozialforum in Hitzacker. Sie referierte dort in ihrer klaren, sachlichen Art zum Thema „Solidarische Ökonomie“. Im typischen Akzent mit herrlich rollendem „R“ berichtete sie über die reichen Erfahrungen der Genossenschaftsbewegung in ihrem Heimatland. Geboren ist die vereidigte Dolmetscherin in Mailand. Heute eine schrecklich laute, zu betonierte Stadt, ein Moloch, in dem kein Kind leben sollte. Giuliana erlebte eine glückliche Kindheit, vor allem weil sie, ihr Bruder, Cousins und Cousinen oft die Möglichkeit hatten, aufs Land und in die Berge zu fahren. Dort konnten sie als „Bande“ miteinander herumtollen. Noch heute zehrt sie von der Freiheit dieser Tage.

Die jünger wirkende 59-jährige hat gerade ein inspirierendes Wochenende auf der attac-Sommerakademie verlebt. Heute ist sie von Berlin nach Halle gekommen, damit wir unser Gespräch führen können. Ihre neue Freiheit. Nach fast 30 Jahren Selbstständigkeit im Broterwerbsberuf leistet sie es sich jetzt, nur noch die Dinge zu tun, die sie wirklich interessieren. An diesem Sommermittag sitzen wir in einem

der netten Straßencafes von Halles kleiner Kneipenmeile, beobachten vergnügt ein freches Spätzchen am Nachbartisch, genießen Speisen und Wein und das Plaudern.

Giulianas Eltern waren beide diplomierte Chemiker. Aber die Mutter hatte nur kurz im Beruf gearbeitet. Dann „opferte“ sie ihr Leben der Familie. Offensichtlich unzufrieden pflegte sie den „Fimmel“ der Italiener und machte einen „Riesenwirbel“ um das Kochen. Sie verbrachte unheimlich viel Zeit damit. Für ihre Tochter stand deshalb schon im Teenageralter fest: Ich will herausfinden, wie man sich gut ernährt ohne so lange in der Küche zu stehen. Den Vater bezeichnet sie als „Poltergeist“. „Er hat getobt und uns tyrannisiert aus Gründen, die wir nicht verstanden.“ Wohl wegen dieser Kindheitserfahrung hatte sie als junge Frau viele Jahre Angst vor jenen Männern, die sie eigentlich interessant fand. Der zweieinhalb Jahre ältere Bruder Cesare, „der kaum erwarten konnte, dass seine kleine Schwester aus dem Bettchen steigt, um mit ihm zu spielen“, war es, der die Kleine vor den Wutausbrüchen des Vaters geschützt und gerettet hat. Sie fühlte sich immer privilegiert unter den Mädchen,

denn sie durfte an allem teilhaben, was der Bruder unternahm. Die Eltern hatten ein altsprachliches Gymnasium ausgewählt. Das war für die durchaus talentierte Vierzehnjährige einfach schrecklich. Denn dort wurde selektiert, um die Zahl der Schüler, die Zugang zum Hochschulstudium erlangten, so weit wie möglich zu reduzieren. Das sensible Mädchen litt unter dem harten Konkurrenzdruck, stand aber alles bis zum Abitur durch. Als ihre psychologische Rettung bezeichnet sie eine progressive Schüler- und Studentenorganisation der Katholischen Kirche. Orientiert an der Theologie der Befreiung organisierte die Initiative Camps im rückständigen Südtalien und Projekte in Brasilien. „Es war fantastisch.“ schwärmt Giuliana sichtlich gerührt bei der Erinnerung an die wunderbaren Ausflüge, die Sommerlager, das sich Austauschen, Diskutieren und auch Singen.

Damals verlor sie die Scheu vor der Politik und erkannte persönliches Engagement als Bürgerpflicht. Bei der Wahl des Studiums wollte sie einfach nicht den Erwartungen der Eltern entsprechen. Medizin kam nicht in Frage. Deshalb nutzte sie einen Au-

Pair Aufenthalt in England um zu rebellieren, indem sie länger dort blieb. Bald schon wurde ihr klar, das Sprachen sie sehr interessierten, aber die Philologie ihr nicht lag. Zurück in Mailand konzentrierte sie sich auf das Studium der Politikwissenschaften und wählte Deutsch als 2. Fremdsprache. Sie wollte was Schwieriges haben. Ihre Jugendorganisation hatte sich im Gefolge der 68er Studentenbewegung in Luft aufgelöst. Jetzt waren viele verschiedene Grüppchen unterwegs, die sich gegenseitig bekriegten. An der chaotischen staatlichen Universität mischten sich die Studierenden ein. Es gab Kurse von Studenten für Studenten und Arbeiter. Sie fanden abends statt, häufig illegal, da die Räume eigentlich schon geschlossen sein mussten. Man beschäftigte sich mit der Frage: Warum gibt es immer wieder Krisen? Giuliana hat in dieser Zeit „Das Kapital“ komplett gelesen und auch darüber referiert. Außerdem beschäftigte sie sich bereits damals mit einer in unserer heutigen Konsumwirtschaft hoch aktuellen Problematik: dem „eingebauten Verschleiß“, dem bewussten Einbau von Sollbruchstellen in technischen Geräten, um den Umsatz - und die Müllberge - zu erhöhen.

Es waren die äußerst intensiven und produktiven 1970er Jahre, da Studenten und viele Bürger den Eindruck hatten, die Welt mit ihren Ideen verändern zu können. Immer mehr junge Leute fingen an zu kombinieren und Zusammenhänge zu erkennen. Das durfte nicht sein. Auf einmal tauchten radikale Gruppen auf, die anfangen, terroristische Attentate in mehreren italienischen Städten zu verüben.

Eines Abends im Jahr 1969 stieg Giuliana wie immer in die Straßenbahn, die sie nach Hause brachte. Einige Minuten später hörte sie eine schwere Detonation. Viele Menschen starben bei dem Attentat in der Piazza Fontana, das einer linken Gruppierung angelastet wurde. Ein Vorwand für deren Verfolgung, wie sich viele Jahre später herausstellte. Drahtzieher des Anschlags waren die Geheimdienste - das ist heute erwiesen.

Giuliana zog es schließlich zu einer der Organisationen, die für die Neuordnung der Weltwirtschaft stritten. „Von denen hab ich mich vereinnahmen lassen“ so sieht sie es rückblickend. Es sollte eine europäische Zentrale aufgebaut werden. Auch eine Zeitung

wurde herausgebracht. Die Redaktion befand sich in Wiesbaden. Dorthin wurde die junge Italienerin geschickt. Sie wohnte bei deutschen Mitgliedern, übersetzte Artikel und erhielt 7 Mark für das tägliche Leben.

Irgendwann fand sie einen Job in einem Ingenieurbüro. Sie war stolz auf ihr erstes selbst verdientes Geld. Der neue Reichtum verhalf ihr zu Mut und Kraft. Sie bezog eine eigene Wohnung und „schlug die Tür zu“. Von nun an wollte sie über sich selbst bestimmen. Und es begann ein großes Abenteuer. Sie arbeitete an der Vervollkommnung ihrer Sprachkenntnisse und bestand die staatliche Dolmetscherprüfung für Italienisch und Deutsch. Mit 32 bekam sie „Torschlusspanik“ und meinte, einen Mann haben zu müssen. Sie geriet an den falschen. „Das war eine harte Lehre, aber eine gute. Erfahrungen sind unsere Lehrmeister“ sagt sie und berichtet, wie eine Freundin der Mutter ihr in Mailand, wohin sie sich geflüchtet hatte, half verloren gegangenes Selbstvertrauen aufzubauen. Eigentlich wollte die junge Frau in Deutschland leben. Sie empfand den Konkurrenzkampf in ihrem Heimatland als belastend. Deshalb ging sie zurück nach Wiesbaden, ließ sich vor Gericht vereidigen und arbeitete fortan für deutsche Behörden bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Als Selbstständige verdiente sie gutes Geld. Sie verbrauchte jedoch immer wenig. Häufig fand sie gar keine Zeit, es auszugeben. Eigentlich war sie immer im Stress - ihr Lebenselixier, wie sie zugibt. Einen Luxus leistete sie sich allerdings. Sie kaufte sich 1993 ein Pferd. Reiten ist ein „ästhetisches Erlebnis“ und das Tier war ein „überdimensionales Kind“. Als sie es vor einigen Jahren verkaufen musste, riss das eine Lücke. Diese füllt sie nun mit Musik. Sie lernt Klavierspielen.

Im Laufe der Zeit erhielt die Sprachmittlerin wegen der wachsenden Konkurrenz weniger Aufträge. Die frei werdende Zeit nutzte sie nun für ihre persönliche Weiterbildung. Sie beschäftigte sich mit Psychologie und konnte „den Knoten in der eigenen Seele“ lösen, lernte Web-Design und fragte sich: Was will ich wirklich, wirklich tun? Ihre Antwort war: Politik machen. Und so besuchte sie verschiedene Veranstaltungen, wo sich Menschen mit alternativen Ideen treffen. Vor fünf Jahren gelangte sie erstmals

auf die Sommerakademie von attac. Sie war beeindruckt. Als Mitglied des Arbeitskreises Solidarische Ökonomie referiert sie mittlerweile selbst wie kürzlich in Hamburg. Ihr ist es wichtig, Verbindungen zu anderen Netzwerken zu knüpfen. Auf Anregung der „Akademie auf Zeit Solidarische Ökonomie“, einem Zusammenschluss von politisch aktiven Christen und anderen vorwiegend aus dem Osten, begab sie sich 2009 auf eine Reise in ihre Heimat. Sie besuchte Genossenschaftsbetriebe und sprach mit Beschäftigten, die ihre eigenen Firmen verwalten und davon gut leben können. In der Region Emilia Romagna existiert z.B. ein hoher Prozentsatz der Arbeitsplätze dank solcher Zusammenschlüsse. Sie traf Gewerkschafterinnen, unter ihnen auch Funktionäre, welche die Selbstorganisation der Werktätigen begrüßen und fördern. Anders als hier in Deutschland, wo Gewerkschaften der Idee „Betriebe in Belegschaftshand“ ablehnend gegenüber stehen. Das Selbstausbeutungsargument muss erhalten, um entsprechende Initiativen im Keim zu ersticken. „Es ist notwendig mit den Gewerkschaften zu reden. Ohne sie geht gar nichts.“ argumentiert Giuliana. Sie sieht es als ihre Aufgabe, solche Rund-Tisch-Gespräche zu organisieren.

Kürzlich hat sich die in einer Metropole Aufgewachsene einen Traum erfüllt. Sie ist mit Kater Mercur aus der „Diktatur der Provinz“ nach Berlin gezogen. „Das ist eine dynamische Stadt, die ich mir noch leisten kann. Eine Stadt der Alternativen, kreativ und offen für alles Mögliche“. Giuliana freut sich auf das politische und kulturelle Leben, an dem sie teilhaben wird. „Ich empfinde das Leben als spannendes Abenteuer, wenn man es schafft, sich von vorgegebenen Schemen zu befreien.“ Natürlich bleibt da noch mehr Stoff zum Träumen. Nämlich, dass sich unsere „Halbinseln gegen den Strom“, so wie sie die Ökonomin Friederike Habermann bezeichnet, vernetzen und eine alternative Plattform bilden. Eine, wo man hingehen kann, wo nicht so viel Dumm pulver geblasen und frische Luft verbraucht wird. Eine, die daran arbeitet, dass dieses monströse kapitalistische System elegant diesen Planeten verlassen kann.

SOLVEIG FELDMERER

Kooperation als Krisenlösung – das Marcora-Gesetz

In Krisenzeiten melden viele Firmen Insolvenz. Die Beschäftigten werden arbeitslos, ihre Qualifikation geht verloren, Arbeitsplätze werden vernichtet, die Region verarmt. Geht es auch anders?

In den 1980er Jahren forderte die Genossenschaftsbewegung in Italien eine andere Lösung und wurde darin von den drei großen Gewerkschaften wirksam unterstützt: Anstatt jahrelang Arbeitslosenunterstützung zu beziehen, sollten die Beschäftigten, die eine Genossenschaft gründen und ihr Unternehmen fortführen oder ein neues gründen wollten, ihre Sozialversicherungsleistungen auf ein-

mal bekommen können, um ihr unternehmerisches Vorhaben zu finanzieren. Diese Idee wurde tatsächlich vom damaligen Industrieminister Marcora 1985 als „Marcora-Gesetz“ verabschiedet und bewirkte während seiner Geltungsdauer von etwa 10 Jahren (in der 1. Fassung) die Gründung von 159 Genossenschaften und die Rettung von 6000 Arbeitsplätzen.

Das Gesetz wurde 1996 von der EU wegen Wettbewerbsverzerrungsbedenken gestoppt, trat aber 2001 wieder in Kraft, wenn auch in einer abgeschwächten, weniger wirksamen Fassung. Das Geld (die „kapitalisierte Sozialversicherungsleistung“) wird

nicht unmittelbar an die Beschäftigten ausgezahlt, sondern an eine als zentrale Finanzgesellschaft fungierende Genossenschaft (die CFI), die den Geschäftsplan prüft und das Vorhaben nur bewilligt, wenn das geplante Unternehmen Aussicht auf Erfolg auf dem Markt hat. Dies schützt die Mitglieder der Genossenschaft vor Falschinvestitionen.

Wenn das unternehmerische Vorhaben der Genossenschaft Erfolg versprechend ist, investiert die zentrale Genossenschaft CFI die kapitalisierten Sozialversicherungsleistungen als Risikokapital in die Genossenschaft. Ihre Beteiligung bedeutet auch,

dass sie den Vorstand bei allen unternehmerischen Belangen (z.B. bei den Verhandlungen mit Banken) berät und begleitet, bis das Risikokapital innerhalb von 10 Jahren zurück geflossen ist.

Wie ist es denn möglich, dass eine Firma, die Insolvenz anmelden musste, geschäftlich wieder an Fahrt gewinnt, sobald die Beschäftigten sie als Genossenschaft führen?

Die Antwort liegt darin, dass eine Genossenschaft ganz andere Ziele verfolgt als die Profitmaximierung. Oft kaufen Investoren ein Unternehmen aus spekulativen Gründen und fahren es an die Wand, weil sie keine Ahnung von

der Branche haben. Oder sie tätigen jahrelang keine Investitionen, weil sie nur an kurzfristigen Gewinnen interessiert sind. Die Beschäftigten aber verstehen ihr Handwerk am besten und kennen auch den Markt, oft sogar die Abnehmer persönlich. Sie schielen nicht auf die Rendite, sondern arbeiten zusammen mit ihren Kollegen, um sich und ihre Familien zu ernähren. Wenn sie ihr Auskommen haben – die Mitglieder einer Genossenschaft können oft sogar übertarifliche Löhne erzielen – lohnt sich für sie ihr Geschäft. Sie müssen nicht dicke Manager-Gehälter erwirtschaften und auch keine Dividende für die Aktionäre,

denn sie „managen“ ihr Unternehmen selbst. Genossenschaften streben natürlich auch an, sich gegenseitig zu unterstützen, indem sie bei ihren Kaufentscheidungen anderen Genossenschaften den Vorzug geben. So ist die zentrale Finanzgesellschaft, die das Marcora-Gesetz in Italien umsetzt, eine Gründung von 300 Produktivgenossenschaften, die aus Erfahrung wissen, dass sich die Stärkung der Kooperation, der Genossenschaftsbewegung, immer lohnt, nicht nur theoretisch, sondern auch ganz konkret als Existenzsicherung für alle Beteiligten.

GIULIANA GIORGI

Heute schon losgegangen?

Bewegung für solidarische Gesellschaftsgestaltung



Anavan versammelt Einzelpersonen, Gruppen und Netzwerke, um gemeinsam gesellschaftliche und ökonomische Wege aus der Sackgasse Kapitalismus zu begehen.

Anavan? Das Bedürfnis nach Veränderung gesellschaftlich bedingter Zusammenhänge ist groß.

Ob global, regional oder lokal, ob bei der gut dotierten Arbeit, in Verein und Familie oder ohne Arbeit allein zu Haus - Viele Menschen fühlen Unwohlsein, eine unbestimmte Belastung, die auf ihren Schultern liegt.

Bei der Suche nach Formen, jenes Bedürfnis zu stillen, stieß ich auf die Einladung zum Sommertreffen von Anavan. Die kurze Vorstellung im Internet machte mich neugierig auf die Menschen, die im nordhessischen Herleshausen zusammenkommen wollen.

Vor etwa eineinhalb Jahren eröffnete eine Handvoll AktivistInnen den Prozess Anavan. Sie sind zu finden in Herleshausen und Tübingen, in Freiburg, auch in Frankreich und Rumänien. Aufgrund langjähriger Erfahrungen in Gemeinschaften mit gemeinsamer Ökonomie entstand der Wunsch diese Form des Wirtschaftens weiter zu entwickeln, offener und selbstbestimmter zu gestalten, auch ohne gemeinsam an einem Ort zu leben.

In der ersten Augustwoche 2010 fand das Sommertreffen für Anavan-Interessierte in Herleshausen und im thüringischen Waltershausen bei der Kommune KOWA statt. Dort beginnt Anavan - erfreulich offen - mit der

stets neu aufzulegenden Diskussion über ihr Selbstverständnis. Kommuneleben, Protestbewegung, Bildung, schon Rentnerin oder in der Ausbildung - Vielfalt wird schnell zum tragenden Begriff.

Spürbar ist Anavan eine emanzipative Bewegung von unten: Selbstbestimmung, Sinnsuche und Solidarität gehören zu den Charakteristika. In den Diskussionen kristallisieren sich als Vision die eng verknüpften Merkmale einer angestrebten Gesellschaft heraus: generationsübergreifende soziale und ökologische Zukunftsfähigkeit und Vielfalt solidarischen Wirtschaftens, deren Basis eine allgemeine soziale Grundabsicherung ist.

Die Atmosphäre führt zur Befruchtung vielfältiger Ideen. Es werden Kontakte für die Umsetzung erster Schritte für einzelne Vorhaben geknüpft. Alles wird möglich durch Beitragen, Beteiligen, Spenden.

Und Anavan will mehr: Es geht um die Praxis. Seit März 2010 gibt es den Verein zur Förderung solidarischer Lebensgestaltung (SoLe e.V.). Im August wurde der Grundstein für eine lokale Tauschbörse „WerraNetz-Netz“ gelegt. In Herleshausen ist man dabei, einen alten Gutshof ökologisch und mit recycelten Baumaterialien gemeinsam für Projektzwecke um zu bauen.

Im Herbst wird eine Genossenschaft für den Vertrieb von Produkten aus solidarischer Ökonomie gegründet. Ebenso steht im November ein Wochenendseminar zur sozialen Grundabsicherung an.

Sie scheinen erst einmal gering diese Schritte und doch sind sie groß und bedeutsam für dieses noch kleine Gruppentreffen, dessen TeilnehmerInnen - wie auch ich - oft zum ersten Mal dem Ruf von Anavan folgten.

Gewollt scheint die akustische Ähnlichkeit zum französischen „en avant“, das mit ‚vorwärts‘ übersetzt werden kann oder auch mit ‚Los geht's‘, wie ein Teilnehmer in Anlehnung an die traditionellen Treffen zum Start von KommuneGemeinschaften meinte.

Anavan ist Teil der inzwischen breiten Suche, wie eine andere Welt möglich ist und möchte bestehende Ansätze durch Verbinden stärken, statt in Konkurrenz zu ihnen zu treten. Die Bewegung erweist sich als Instrument gegen das Unwohlsein in dieser Gesellschaft. Es gibt nicht die fertige Konzeption für eine Alternative. Es gibt Menschen, die sich gegenseitig helfen wollen, beim Austausch der Gedanken und Träume, beim Arbeiten und Wirtschaften oder einfach mit dem Zusammensein. Beitragen und beteiligen - mit Zeit, mit Fähigkeiten, mit Ressourcen, mit Plänen - ob nur kurz oder auf Dauer, bei Anavan ist Vielfältiges möglich.

Vielleicht haben Sie auch Lust auf Anavan und kommen zum nächsten Winter- oder Sommertreffen. Für meine Sommerplanung ist es jedenfalls vorgeplant. Anavan!

HANS-ULLRICH FRÖMMER

anavan@gmx.net
http://anavan.wordpress.com

Die Entdeckung der ... Umverteilung

Sparoganz der Macht



Die Kürzungspläne der Bundesregierung haben ihre widersprüchliche Eigenlogik.

Soviel sei vorangestellt: Selten hat sich in der deutschen Finanzpolitik eine Schiefelage dreister exponiert als die jüngste. Das derzeit viel diskutierte Sparpaket der Bundesregierung bedient sich in Bezug auf Notwendigkeit und Ausgewogenheit verschiedener Begründungsstrategien, welche die interessierte Öffentlichkeit nur ratlos zurücklassen. Dass die sparsame und vor allen Dingen sinnvolle Verwendung von Steuermitteln eine kontinuierliche Überprüfung verdient, versteht sich von selbst. Dennoch drängen sich Fragen auf, nach dem Sinn dessen, was man uns hier als „hart aber fair“ zu verkaufen versucht.

Zunächst steht da die verblüffende Feststellung im Raum, dass die korrigierten Wachstumsprognosen zwar Mehreinnahmen in Milliardenhöhe voraussagen, sich aber an Umfang und Aufteilung der Sparabsichten nichts ändern wird. Ist dies als Hinweis darauf zu werten, dass uns, dem geneigten Wahlvolk, das eigentlich beabsichtigte Sparvolumen nur nicht preisgegeben werden soll? Dabei sind wir in Bezug auf sozialpolitische Tiefschläge ein besonders geduldiges und verständnisvolles Volk. (Denken wir vergleichsweise nur mal an die heftigen Proteste unserer französischen Nachbarn, die nach dem Bekanntwerden der Pläne einer Anhebung des Rentenalters auf 62 Jahre losgebrochen sind. Dort hätte ein Sparpaket dieses Zuschnitts wohl sicherlich eine andere Resonanz gefunden.) Die zuerst befürchteten Steuerausfälle von etwa 12 Milliarden für das Jahr 2010 müssen jedenfalls nach aktuellen Stuerschätzungen offenbar als Begründung ausfallen.

Aber schaut man sich die Sparposten einmal genauer an, wird schnell deutlich, warum sich alle so aufregen. Beschäftigte im öffentlichen Dienst, HartzIV-Empfänger, Familien, Flugreisende, Energiekonzerne und die Bundeswehr finden sich im Fadenkreuz der Sparvorhaben. Die Lasten der Einsparungen sollen - so die Verlautbarungen - ausge-

wogen aufgeteilt werden. Da ist es an sich schon höchst verwunderlich, dass die gleiche Belastung von starken und schwachen Schultern zum Inbegriff der Ausgewogenheit verkehrt wird. Schließlich wird HartzIV-Empfängern lediglich ein gesetzliches Existenzminimum zuerkannt. Woher soll da Einsparungspotenzial kommen, ohne dass es ihnen an die nackte Existenz geht? Hierbei schimmert eine Arroganz des politischen Entscheidungssystems durch, die Kosten den Bevölkerungsschichten aufzubürden, von denen der geringste Widerstand zu erwarten ist.

Auch bei den 15.000 Stellen im öffentlichen Bundesdienst bleibt unklar, wie dieser Vorschlag zu verstehen ist: Werden diese nun plötzlich nicht mehr gebraucht? Wohl kaum. So bleibt nicht auszuschließen, dass viele dieser ehemals oder potenziell im Bund Beschäftigten fortan ihren früheren Kollegen die zusätzliche Arbeit überlassen und zudem auf soziale Transferleistungen angewiesen sein werden. (Mit Verlaub, aber diese Art Stelleneinsparung ist in etwa so produktiv wie die Beteuerung des Verfassers, die Redaktion hätte ihm für diesen Artikel 6000 Zeichen eingeräumt, es sei ihm aber nach zähem Ringen mit sich selbst gelungen, satte 214 Zeichen an Aufmerksamkeit des Lesers einzusparen.)

Andererseits erinnert die Brennelementesteuer für die Energiewirtschaft, die alleits als Beleg für die Ausgewogenheit des Sparpakets ventiliert wird, eher an einen Ablasshandel mit immensen Umweltfolgekosten. Pläne einer Bankenabgabe, dem einzigen Indiz, die Verursacher der Finanzkrise haftbar zu machen, bleiben hingegen vage und unverbindlich.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung äußerte unlängst die Warnung, die Ungleichheit in Deutschland werde durch die Sparmaßnahmen noch verschärft. Warum das schlimm wäre? Nun, weil, je ungleicher die Ausgangsbedingungen potenzieller Vertragspartner auf einem Wettbewerbsmarkt, umso unfairer sind die Verträge, die aufgrund der ungleich verteilten Verhandlungsmacht zustande

kommen. Außerdem, das ist volkswirtschaftlich bekannt, kommen die Mehreinnahmen unterer Einkommensschichten der Binnennachfrage weit stärker zugute als die höheren. Innerhalb des gesellschaftlichen Gefüges wird mit dem Sparpaket jedoch dem Verschwinden der Mittelschicht weiter Vorschub geleistet.

Aber die heute geführte gesellschaftliche Debatte über die Kosteneinsparungen im Bundeshaushalt zieht auch die abstraktere Frage nach sich, wie die erwirtschafteten Gewinne und die entstehenden Kosten verteilt werden sollten. Der amerikanische Moralphilosoph John Rawls hat dazu einen bemerkenswerten Gedankenanstoß geliefert: So wie eine Kette, die nur so stark sei wie ihr schwächstes Glied, wäre eine Gesellschaft nur so gerecht wie die Position des am Schlechtestgestellten. Eine Umverteilungsregel, die diesem Maßstab folgt, würde versuchen die Sozialbudgets zu maximieren, ohne die Anreize für die Werteschöpfung zu sehr zu untergraben.

Ein Kompromiss könnte lauten: Jeder gibt die Hälfte seines Einkommens in einen Topf, der unter allen gleichmäßig aufgeteilt wird - eine Art relatives Grundeinkommen also, das sich am Durchschnittseinkommen bemisst und jedem die Hälfte dieses Betrages garantiert. Auf diese Weise könnte der Egoismus des Einzelnen an das Gemeinwohl rückgekoppelt werden, ohne außer Acht zu lassen, dass die Mittel zur Umverteilung auch begrenzt sind. Was hier nach ferner Umverteilungstheorie klingt, kann jedoch auch schon auf Eigeninitiative im Kleinen begonnen werden. So war es z.B. unter protestantischen Geistlichen der Rheinischen Landeskirche eine Zeit lang Praxis, die für ihre Brüder in einen Fond für soziale Härtefälle einzahlten. Letztlich müssen wir Sparpakete und Sozialkürzungen nur in dem Maße hinnehmen, in dem wir uns weigern, das Sozialsystem in die eigenen Hände zu nehmen. Machen Sie mit?

FRANK TILLMANN

Für eine demokratische Kontrolle der Banken

Die Macht der „Finanzindustrie“ ist ungebrochen. Barack Obama mühte sich mit einem Gesetz zur Bankenregulierung, konnte aber nicht einmal erreichen, was bis in die 1990er Jahre galt: die Trennung von Investment- und Kreditgeschäft. Diese wurde mit dem Glass-Steagall-Act aus dem Jahre 1933 eingeführt und erst 1999 abgeschafft. Das Trennungsgebot, heute als Vocker-Rule bekannt, wurde im Zuge der Gesetzgebung zur Regulierung des US-Finanzmärkte verwässert und enthält nun weite Ausnahmen und unklare Abgrenzungen. Die Europäische Union plagt sich mit der Etablierung ei-

ner europäischen Finanzmarkt-aufsicht, die ebenso wie die vorgeschlagene Richtlinie zur Regulierung von alternativen Investmentfonds wie Hedge- oder Private Equity Fonds ein zahnloser Tiger bleiben wird. Die Bundesregierung hat es innerhalb von zwei Jahren fertig gebracht, ein „Gesetz zur Vorbeugung gegen missbräuchliche Wertpapier- und Derivategeschäfte“, mit dem Leerverkäufe verboten werden sollen, auf den Weg zu bringen - sonst bleibt es bei großspurigen Ankündigungen und wichtigtuerschem Trommeln für Vorschläge zur Regulierung der Finanzmärkte, wie Bankenabgabe oder Transaktions-

steuer, die dann wieder in der Ver-senkung verschwinden.

Das internationale Versagen der Politik deutet einerseits auf die realen Machtverhältnisse hin. Es gibt viele Interessenten an offenen, liberalisierten Finanzmärkten, es gibt Interessenten, die sich mit der Spekulation eine goldene Nase verdienen und es gibt Regierungen, wie die britische Regierung, die auf die Steuereinnahmen aus der „Finanzindustrie“ angewiesen sind und deshalb eine Regulation der Finanzmärkte nach Kräften blockieren. Die Entstehung des deutschen Gesetzes zur Bankenrettung (FMStG) hat dem staunenden

Publikum ähnlich wie die Verhandlungen um Basel III, d.h. um die Reform der internationalen Vereinbarung zu den Eigenkapitalvorschriften der Banken, vor Augen geführt, dass die Politik auch intellektuell abgedankt hat. Die staatlichen Organe scheinen nicht mehr ausreichende Kompetenzen zu besitzen, um die Vorschriften zur Regulierung der Finanzmärkte zu verfassen. Die Gesetzgebung wird direkt spezialisierten Großkanzleien oder den Rechtsabteilungen der Banken überlassen. Die Finanzindustrie formuliert ihre eigenen Regeln, weil die Politik dazu nicht mehr in der Lage ist.

Das kann nicht funktionieren, es wird die destruktiven Kräfte global liberalisierter Finanzmärkte nicht ausschalten. Das intellektuelle Versagen der Politik ist aber letztlich darauf zurück zu führen, dass das Dogma der entfesselten Märkte, des Nutzens global deregulierter Finanzmärkte nicht wirklich fallen gelassen wurde. Das heißt, die diskutierten Regelungen bewegen sich im Bereich der Feinmechanik, wo eine Schneidbrenner notwendig wäre. Oder wenig bildlich gesprochen: die Logik entfesselter Finanzmärkte, die meint Wohlstand durch Spekulation, d.h. durch Wetten erzeugen

zu können, wird nicht angetastet. Das wäre aber notwendig, um die nächste Blase und den nächsten Akt der Krise zu verhindern. Die Finanzindustrie muss sich demokratisch formulierten Zielvorgaben unterwerfen, Mittel eines Wirtschaftens sein, das Wohlstand für alle erzeugt und nicht der Zweck der Ökonomie. Bis dahin scheint es ein weiter Weg zu sein.

ANDREAS FISAHN

Andreas Fisahn: Die Demokratie entfesseln, nicht die Märkte Neue Kleine Bibliothek 148, Papy-Rossa Verlag, 263 Seiten, 16,90 €.

neuland Meldungen

Solidarische Ökonomie

people before profits



So lange Menschenrechte nicht überall und unterschiedslos für alle Menschen durchgesetzt sind, kann ich mit dieser Welt nicht einverstanden sein. Die materielle Basis der Verstöße gegen Menschenrechte sehe ich in der kapitalistischen, profitorientierten Ökonomie begründet. Heute ist es vor allem der Kapitalismus, der die Verwirklichung der Menschenrechte verhindert und Lebensgrundlagen zerstört, aber auch in nicht-kapitalistischen Gesellschaften gab und gibt es Macht und Gewalt. Die materielle Basis der Herrschaft von Menschen über andere Menschen ist die von Ausbeutungsverhältnissen dominierte Ökonomie. Daher setze ich auf praktische ökonomische Alternativen als Voraussetzung einer emanzipatorischen, solidarischen Gesellschaft.

Der Begriff „Solidarische Ökonomie“ wurde in den 1970er Jahren in Chile von Luis Razeto Migliaro geprägt. Er beschrieb damit ökonomische Überlebensstrategien von Marginalisierten, die mit herkömmlichen betriebswirtschaftlichen Betrachtungsweisen nicht zu fassen waren. Heute existieren weltweit unterschiedlichste Keimformen eines anderen Wirtschaftens, die zum einen das Leben der an ihnen Beteiligten konkret verbessern und zum anderen als Vorgriff auf eine solidarische Gesellschaft wichtige Erfahrungsräume darstellen. Solidarische Ökonomien werden oft in kleinen, dissidenten

Einheiten erprobt, diese andere Wirtschaftsweise umfasst jedoch letztlich weit mehr als nur kleine, feine Alternativprojekte. Wer ernsthaft die Gesellschaft von ihrer ökonomischen Basis her verändern möchte, muss die kuschelige Gartenzwergperspektive verlassen und sich zum Beispiel auch mit Alternativen in großen Unternehmensstrukturen oder transnationalen Handelsabkommen befassen.

Bei aller Unterschiedlichkeit lassen sich anhand der Praxis und den Selbstdefinitionen ihrer Akteure Aspekte beschreiben, die diese Vorhaben Solidarischer Ökonomien von kapitalistischen Unternehmungen und deren Unterstützungsstrukturen unterscheiden. In erster Linie geht es darum, konkrete menschliche Bedürfnisse zu befriedigen. Eine lebensdienliche Produktion orientiert sich am Nutzen der wirtschaftlichen Tätigkeit und steht damit in grundsätzlichem Widerspruch zur Gewinnzielungsabsicht als Antriebsfeder kapitalistischen Wirtschaftens. In Solidarischen Ökonomien steht nicht das tote Kapital, sondern die lebendige menschliche Arbeit im Mittelpunkt der wirtschaftlichen Betätigung. Dementsprechend erfolgt die Zusammenarbeit auf freiwilliger Basis und die unternehmerischen Strukturen sind mehr oder weniger demokratisch ausgestaltet. Häufig handelt es sich um lokale Unternehmungen, die soziale und ökologische Aspekte einbeziehen. Im Idealfall sind sie einge-

bunden in emanzipatorische und globale Denkweisen (think global, act local) und beziehen die Lebens- und Arbeitsbedingungen anderer Menschen in ihre wirtschaftlichen Entscheidungen mit ein.

Angesichts der ökonomischen, ökologischen und ethischen Legitimationskrise kapitalistischer Ökonomien scheint die Offenheit für alternative Formen des Wirtschaftens zuzunehmen. Insbesondere in Lateinamerika wird die Rolle des Staates in vielen Ländern neu definiert, das Genossenschaftswesen erlebt dort, aber zunehmend auch hierzulande eine Renaissance. Der Slogan „gut Leben statt viel Haben“ aus den Nachhaltigkeitsdebatten der 1990er Jahre lebt wieder auf. Dass das „Gute Leben“ (in manchen Ländern Lateinamerikas „Sumak Kawsay“) etwas substantiell anderes ist als materieller Reichtum, zeigt zum Beispiel in Frankreich die Bewegung der Decroissance, die sich ausdrücklich gegen das Wirtschaftswachstum mit seinen destruktiven Folgen wendet. Weltweit entstehende Transition Town-Initiativen organisieren lokale Schritte zur Energiewende und aktuelle Diskussionen um Care-Ökonomie und Gemeingüter verdeutlichen, dass Wirtschaft auch dem Menschen dienen kann statt dem Profit.

In diesem Sinne verstandene Solidarische Ökonomien sind weit mehr als wirtschaftliche Selbsthilfe Marginalisierter, sie können als Bausteine eines alternativen Gesellschaftsentwurfs angesehen werden. Diese Ansätze, die konkreten Lebensbedingungen hier und jetzt zu verbessern, beziehen ihre Stärke daraus, dass Menschen nicht in der ihnen zugeordneten Rolle als Opfer gewalttätiger Verhältnisse verharrten, sondern mit ihrer Praxis dagegen aufbegehren und eigene materielle Realitäten schaffen.

ELISABETH VOSS

Elisabeth Voß: Wegweiser Solidarische Ökonomie
iAnders Wirtschaften ist möglich!, SPAK Bücher, Neu-Ulm, 2010, 93 Seiten, 9,00 € www.solioeko.de/voss

Es ist soweit: mit der „Summer Factory“ 2010 wird nach dem unerwartet großen Zulauf in relativ kurzer Zeit eine Gelegenheit geschaffen, die unmittelbare Beteiligung an der Wissensproduktion des Instituts Solidarische Moderne zu ermöglichen. Wir laden ganz herzlich ein, vom 24.-26.09.2010 in Frankfurt am Main mit dabei zu sein.

Wie funktioniert die „Summer Factory“?

Der Name ist Programm. Es soll etwas in einem gemeinsamen Produktionsprozess erarbeitet werden: die Grundrisse eines Manifests sowie ein Buch mit dem Titel: „Bildung in der Demokratie“ – in Anlehnung an die berühmte SDS-Hochschuldenkschrift von 1961 und das darauf folgende Buch „Hochschule in der Demokratie“ von Ute Gerhardt, Wolfgang Nitsch, Claus Offe und U.K. Preuß von 1965 (Neuwied/Berlin: Luchterhand Verlag).

In 17 Workshops, die alle nach dem gleichen Prinzip verfahren und das Bildungsspektrum abzudecken suchen, sollen die einzelnen Bestandteile erarbeitet werden, die sowohl im Buch dokumentiert werden als auch am Abend des zweiten Tages in die Manifest-Gruppe eingebracht werden. Die Manifest-Gruppe besteht aus Delegierten aus den jeweiligen Workshops sowie aus einem Moderations-Team und erarbeitet erste Grundrisse für das Manifest.

Jeder Workshop wird von einer/einem OrganisatorIn geleitet, der/die den Workshop geplant und drei ExpertInnen nach dem Cross-Over-Prinzip eingeladen hat (d.h., dass sie aus möglichst unterschiedlichen Bereichen kommen). Dabei haben wir versucht, ein breites Spektrum von Themen und Personen zu berücksichtigen. Unter ExpertInnen verstehen wir WissensproduzentInnen in einem weiteren Sinne: wissenschaftliche, künstlerische, politische und gesellschaftliche AktivistInnen. Diese ExpertInnen beantworten auf jeweils 5 Seiten Fragen oder nehmen Stellung zu Thesen, welche die OrganisatorInnen (auf)gestellt haben.

Institut Solidarische Moderne

Summer Factory

Frankfurt am Main 24.-26. 9. 2010

So entsteht für jeden Workshop ein 15-seitiges Dokument, welches als Arbeitsgrundlage für jeden Workshop dient und von allen TeilnehmerInnen vorher zu lesen ist. Im Workshop selber wird dann der/die OrganisatorIn zunächst die Gemeinsamkeiten und Differenzen der drei ExpertInnen herausarbeiten und so die Diskussion eröffnen, damit auf dieser Grundlage nach einer ausführlichen Diskussion die gemeinsame Position zum jeweiligen Thema erarbeitet werden kann. Die Workshops gehen über 3 einhalb Stunden (inkl. einer ausführlichen Pause), damit genügend Zeit zum Austausch, zur Diskussion und zur gemeinsamen Stellungnahme bleibt.

Das Rahmenprogramm

Neben den Workshops haben wir ein Rahmenprogramm zusammengestellt, um eine gemeinsame Diskussion und ein Kennenlernen aller Mitglieder zu ermöglichen.

Es beginnt am Freitagabend mit einer öffentlichen Podiumsdiskussion mit VertreterInnen des Instituts Solidarische Moderne: Katja Kipping (Die Linke), Prof. Dr. Stephan Lessnich, Dr. Thomas Seibert (medico), PD Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Hans-Jürgen Urban (IG-Metall), Andrea Ypsilanti (SPD), zu den Ziele und Positionen des Instituts.

Am Samstagmittag gibt es vor der zweiten Workshop-Session eine alternative Campus-Führung, um den historischen Ort, an dem die Summer Factory stattfindet, kennen zu lernen: die Frankfurter Goethe-Universität in ihrem aktuellen politischen Wandel. Nach den Workshops gibt es zunächst die Möglichkeit, Getränke und kleinere vegeta-

rische Speisen zum Selbstkostenpreis zu sich zu nehmen, im Anschluss daran folgt im Saal des Frankfurter Studierendenkinos die Vorführung von zwei Kurzfilmen zum Thema mit anschließender Diskussion. Der Abend wird ausklingen mit Getränken und Musik im „Kommunikationszentrum, KOZ“.

Am Sonntag Vormittag werden die Ergebnisse der Manifestgruppe vorgestellt. In einer anschließenden Podiumsdiskussion soll zum Schluss die Frage diskutiert werden, wie es politisch weitergehen soll mit einer alternativen bildungspolitischen Intervention. Wie wird die aktuelle Rolle der sozialen Bewegungen, der linken Parteien und der kritischen Wissenschaftler_innen in diesem Prozess eingeschätzt und welche Rolle kann dabei das Institut spielen?

Die Anmeldung

Damit die Workshops arbeitsfähig sind, liegt die TeilnehmerInnenzahl pro Workshop bei ca. 20 Personen. Die Mitglieder des Instituts erhalten für die Workshops ein bevorzugtes Anmelderecht. An dem Rahmenprogramm können hingegen alle Interessierten teilnehmen.

Die Mitglieder von Vorstand und Kuratorium des ISM werden während der Summer Factory anwesend sein. Wir danken schon jetzt allen OrganisatorInnen und ExpertInnen für ihr großes Engagement, ohne welches die Summer Factory nicht möglich wäre – und freuen uns auf Eure zahlreiche Teilnahme.

DR. SONJA BUCKEL
CORINNA GEIS

www.solidarische-moderne.de

Die Akademie des Glücks

Zum V. Cheesefondue-Workshop im LebensGut Pommritz, 13.-15.08.2010

Bei der resümierenden Abschlussrunde zeigen sich alle Teilnehmer inspiriert, motiviert und – glücklich. Wir erdachten zwei Tage lang ein Stück einer besseren Welt und lebten diese zugleich: eingebettet in der Natur und in fürsorglicher Umgebung, mit variablen Essens- und Pausenzeiten und freundlicher Kommunikation, entstand eine warme Gemeinschafts Atmosphäre. Eine ideale Basis für unser Anliegen, eine Akademie des Glücks zu erschaffen. Vierzehn Gäste aus den Bereichen Philosophie, Journalismus, Theologie, Naturwissenschaft, Universität, Kunst und Design hießen wir dazu bei uns im LebensGut Pommritz zu einer Ideenrunde willkommen.

Die meisten Menschen spüren, dass unsere Entwicklung vor einem (notwendigen) Bewusstseinswandel steht. Unsere bisherigen patriarchalen, macht- und angstmotivierten Organisationsstrukturen entkoppelten uns von unseren naturgegebenen Zusammenhängen, von unserem Verbundenheitsgefühl mit unseren Mitwesenden und unserem tiefen Wissen. Erst durch diese geistige und emotionale Trennung wurden der Raubbau an der Natur und die Massenvernichtung von Tieren und Menschen möglich. Jetzt, am oder über dem Rand einer ökologischen Katastrophe, verlangt es ein ganzheitliches Umdenken auf sämtlichen Ebenen. Jeder von uns muss sich entscheiden,

ob er sich weiterhin von Angst und Macht motivieren lässt, oder sich entgegengesetzt der Liebe und dem Mitgefühl zuwendet, welche unsere Verbundenheiten wieder offenlegen.

Im Sinne dieses Bewusstseinswandels definieren und visionieren wir drei Stunden lang über Glück mit unterschiedlichsten Betrachtungsweisen. Nach dem Vorbild des Landes Bhutan hat sich bei uns, im sächsischen Pommritz bei Bautzen, eine Initiative gebildet, die das Glück zum zentralen Thema in der Oberlausitz entwickelt. Nicht zufällig sind gerade sehr zufriedene Menschen auf irgendeine Weise vom Schicksal getroffen worden. Das legt den Gedanken nahe, dass tiefes Glück empfinden, Dankbarkeit und Zufriedenheit erst durch Leiderfahrung ermöglicht werden. Die Glücks-erkenntnis aber entstammt nicht dem Leid, sondern dem Bewusstsein, welches durch das Leid erwacht ist. Laut einer amerikanischen Studie macht das Bewusstsein, die Erkenntnisfähigkeit des Menschen, 40% seiner Fähigkeit aus, glücklich zu sein. Demnach hängt fast die Hälfte des Glücksgefühls eines Menschen davon ab, seine Fähigkeit zum Glückseligsein zu erkennen und sich danach zu entscheiden. „Achtsamkeit und die Fähigkeit, das Schöne wahrzunehmen, machen glücklich“, sagt ein Teilnehmer, der Philosophiestudent Wilken Wehrt.

An der Vermittlung dieses Bewusstseins setzt die Entwicklung der Glücksregion Oberlausitz an. Der Mitbegründer der Cheesefondue-Initiative und Gastgeber dieses Treffens, der Philosoph Dr.habil. Maik Hosang, hat den Workshop deshalb der Ideenfindung zu einer neuartigen Hochschulform gewidmet. Da in der Schule selten etwas über die großen Lebensfragen gelehrt worden ist, beginnen junge suchende Menschen oft ein geisteswissenschaftliches Studium, wie etwa Philosophie. Doch in aller Regel sind diese Studiengänge intellektualisiert, theoretisch und weit entfernt von lebensnaher, mitmenschlicher Praxis. Durchschnittlich 80% beenden das Philosophiestudium nach den ersten zwei Semestern. So inspirierte Maik Hosangs Idee einer „humanen Akademie“, in Anlehnung an die philosophischen Akademien der Antike, zu diesem Symposium.

Im Brainstorming entsteht die Leitidee „Akademie des Glücks“, in der neben ganzheitlichem praxisnahem Wissen auch Disziplinen wie Intuition und Öffnung des Herzens vermittelt werden sollen. Denn Glück entsteht erst, wenn Freiheit und Liebe zusammen kommen.

Die reine Wissenschaft und die reine Mystik können in einer zukunftsreichen Welt nicht mehr getrennt voneinander betrachtet werden. Der brasilianische Franziskanerbruder Nelson Junges beschreibt

schon in einem der vorangegangenen Treffen einen ökumenischen Geist ganzheitlicher Art: Theologie, Philosophie und Wissenschaft suchen alle auf ihre Weise nach der Wahrheit. Aber sie verkünden ihre Erkenntnisse, als wären sie selbst die Quelle der Wahrheit und vergessen dabei, dass sie nur deren Flüsse sind. In diesen Disziplinen nach vereinbarten Komponenten zu suchen, ist jedoch nicht ausreichend, wenn nicht ein Überbewusstsein entsteht, welches den Zusammenhängen einen tieferen Sinn verleiht und über Religiöses hinaus geht.

Die Akademie des Glücks hilft ihren Schülern zu Selbsterkenntnis und ganzheitlichem Denken, integriert in ihre Studienrichtung. Sie bietet ihnen international vergleichbare Abschlüsse wie Bachelor und Master, um trotz ihrer andersartigen Ausbildung in den gewohnten Gesellschaftsstrukturen ihren Platz zu behaupten. „Glücksritter“ und „Erdmutter“ werden bei guter Laune als Titel vorgeschlagen, oder sogar das Zertifikat „angstfrei“ (nicht: angstlos). Die Lehre muss den gewählten Ansprüchen gemäß ganz anders vorgehen, auf Selbstbestimmung und Selbststudium basieren, ohne auf Konkurrenz, Hierarchie und Karriere zu setzen. Als möglichen Entwicklungsort hat bereits eine Universität im portugiesischen Porto Interesse bekundet.

Am letzten Abend versammeln sich alle Teilnehmer bei Kerzenschein um das obligatorische Käsefondue. Das Gericht ist Namensgeber der Cheesefondue Initiative, weil der kreative Meinungsaustausch in dieser entspannten Atmosphäre viel fruchtbarer ist als in einem starren Konferenzprogramm. Die Vorsitzenden der Initiative, Hartmut Frank (emeritierter Professor der Universität Bayreuth) und Maik Hosang (Hochschule Görlitz/Zittau), visionieren in ihrem Programm eine Integration und Verbindung der Gegensätzlichkeiten unserer Wirklichkeit. Vielleicht treibt sie aber auch die Sehnsucht nach dem Land Arkadien. Die Initiative arrangiert seit 2005 die Workshops; der vorangegangene fand unter dem Thema Wissenschaft und

Ethik im Januar 2010 in Südafrika statt, u.a. von dem Chemie-Nobelpreisträger Richard Ernst begleitet.

Nach diesem Wochenende fühlen wir uns miteinander und mit unserer Gedankenernte eigentümlich wohl und auf dem richtigen Weg. Die intellektualisierte Diskussion vom Beginn ist zu einer herzlichen und freudvollen Gesprächsrunde gewachsen, aus unseren Gästen wurden Freunde. Gabriele Schönfelder resümiert: „Ich danke Euch, dass ich dabei sein durfte und danke mir, dass ich mich entschieden habe, dabei zu sein.“

Den Weg in ein erweitertes Bewusstsein sind wir wieder ein kleines Stück weiter gegangen.

ANDREA RACHUI

IMPRESSUM

HERAUSGEBER:
Freundeskreis attacVilla
in Könnern e.V.
Bahnhofstraße 6
06420 Könnern
Mobil 01 76 - 51 45 62 53

villa@attac.de
www.attac-netzwerk.de/halle

REDAKTION:
Solveig Feldmeier, Walter Oswald,
Richard Schmid (ViSDP)

TEXTE:
Sonja Buckel, Andreas Fisahn, Hans-Ullrich Frömmel, Corinna Geiß, Giuliana Giorgi, Anke Nordt, Andrea Rachui, Matthias Schmelzer, Frank Tillmann, Elisabeth Voss

GESTALTUNG/SATZ:
WERFT Kommunikationsdesign
Brühl 54, 04109 Leipzig

DIE NÄCHSTE AUSGABE ERSCHEINT AM 29.10.2010.